

Politikplan 2021 bis 2024

Für die Dezember-Sitzung erhält der Einwohnerrat wie gewohnt den Politikplan (PolP) der nächsten vier Jahre zur Kenntnisnahme. Die Beschlussesanträge (Genehmigung des Produktsummenbudgets 2021 sowie Festlegung des Steuerfusses für die Steuerperiode 2021) finden sich ab Seite 46 des Politikplans.

Die Tabelle „Finanzwirtschaftliche Eckdaten“ (Kap. IV, ab Seite 9 des PolPs) zeigt eine Gesamtübersicht über die wesentlichen finanziellen Auswirkungen des Politikplans während der Planperiode. Die Planjahresergebnisse 2021 bis 2024 zeigen Defizite zwischen 11,6 Mio. Franken und 12,8 Mio. Franken.

Die vergangenen und gegenwärtigen Entwicklungen im Zusammenhang mit der Corona-Krise sind präzedenzlos. Die aktuellen Planzahlen zum Riehener Gemeindehaushalt 2021 bis 2024 enthalten deshalb viele Unsicherheiten, da die Entwicklung der Steuereinnahmen (vgl. ab Seite 11 des PolPs) und der sozialen Corona-Folgekosten schwer abgeschätzt werden können.

Der Gemeinderat beantragt zum jetzigen Zeitpunkt keine weiteren Massnahmen, sondern möchte die weiteren Entwicklungen und Auswirkungen abwarten und erst in Kenntnis des effektiven Jahresergebnisses 2021 allfällige Massnahmen vorschlagen. Der Steuersatz für das Jahr 2021 soll unverändert belassen werden, da die Gemeinde über genügend Eigenkapital verfügt, um ein Defizit in prognostizierter Höhe aufzufangen, nötigenfalls auch über mehrere Jahre.

Die geplanten Investitionen bewegen sich mit jährlich rund 14 Mio. Franken auf einem guten Mehrjahresschnitt zur Gewährleistung des Substanzerhalts. Die Liquidität der Gemeinde ist aufgrund der traditionell hohen Steuervorauszahlungen und der guten Bonität der Gemeinde gesichert.

Auf der Einnahmenseite muss bei den Steuererlösen, im Vergleich zum Vorjahresbudget 2020, mit einem Rückgang von rund 5,7 Mio. Franken gerechnet werden. Die Gründe liegen einerseits bei der Umsetzung des zweiten Schritts der Steuervorlage 17, was mit Mindereinnahmen in der Höhe von rund 1,3 Mio. Franken, sowie der vom Einwohnerrat beschlossenen Reduktion des Vermögenssteuerfusses um 1 %, die mit Mindereinnahmen in der Höhe von 0,6 Mio. Franken veranschlagt wird. Zudem wird aufgrund der Corona-Pandemie für das Budgetjahr 2021 beim Einkommenssteuerertrag mit einem Rückgang von 2,5 % gerechnet (weitere Erläuterungen ab Seite 11 des PolPs).

Massgeblich zur Erhöhung des Plandefizits haben jedoch auch die konstant steigenden Kosten der Politikbereiche mit rund 5,3 Mio. Franken beigetragen. Davon entfallen 3 Mio. Franken auf den Politikbereich Bildung und Familie, hauptsächlich auf das Wachstum der Schülerinnen- und Schülerzahlen, bei den verstärkten Massnahmen im Bereich Primarstufe sowie bei den Tagesstrukturen, wo sich vor allem die beschlossene Erhöhung der Betreuungsquote auswirkte. (weitere Informationen vgl. ab Seite 35 des PolPs und im beantragten Leistungsauftrag für das Jahr 2021). Im Politikbereich Gesundheit und Soziales wird im



Seite 2

Vorbudgetvergleich, aufgrund von steigenden Fallzahlen in der Sozialhilfe und den Ergänzungsleistungen, mit Mehrkosten von rund 0,8 Mio. Franken gerechnet (weitere Informationen vgl. ab Seite 32 des PolPs). Im Politikbereich Mobilität und Versorgung werden im Vergleich zum Budget 2020 Mindereinnahmen/Mehrkosten von rund 0,8 Mio. Franken erwartet, die mehrheitlich durch tiefere Einnahmen bei den Kanalisationsbeiträgen und den Erlösen für Altpapier und Karton verursacht werden sowie höheren Verrechnungen von internen Büromieten (weitere Informationen vgl. ab Seite 40 des PolPs). Der Politikbereich Kultur, Freizeit und Sport verzeichnet im Vorbudgetvergleich Mehrkosten von rund 0,6 Mio. Franken, die hauptsächlich auf Folgekosten des Museumsumbaus, höhere interne Mietbelastungen, insbesondere für die Mitbenutzung des Gemeindehauses, sowie auf (Energie-)Mehrkosten bei den Sportanlagen und dem Naturbad zurückgeführt werden können (weitere Informationen finden sich ab Seite 37 und im beantragten Leistungsauftrag für das Jahr 2021).

Die Personalkosten der Gemeinde sind, bedingt durch die direkte Abhängigkeit vom Anstieg der Schülerinnen- und Schülerzahlen, hauptsächlich im Bereich Bildung und Familie angestiegen. Die entsprechenden Zahlentabellen finden sich im Politikplan ab Seite 18.

Der Gemeinderat beantragt dem Einwohnerrat, den Steuerfuss für das Jahr 2021 unverändert zu belassen.

Riehen, 13. Oktober 2020

Gemeinderat Riehen

Der Präsident:



Hansjörg Wilde

Die Generalsekretärin



Sandra Tessarini

Beilage: Politikplan 2021 bis 2024